

FES-Info-Artikel *Neues Libyen*

Hat Libyen seit dem Ende des UN-Embargos 2003 eine entscheidende Kehrtwende vollzogen? Geht die außenpolitische und vor allem ökonomische Öffnung des Landes auch mit innenpolitischen Reformen einher? Diesen Fragen gingen S.E. Dr. Jamal Ali El-Barag, Botschafter der Libysch-Arabischen Dschamahirija in Deutschland) und Dr. Isabelle Werenfels von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) im Rahmen der Konferenz *Neues Libyen? Status Quo und Perspektiven politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen* am 11. November 2008 nach.

Dr. Werenfels beschrieb in ihrem einführenden Vortrag zunächst den sozio-ökonomischen und politischen Status Quo in Libyen. Sie diagnostizierte eine generalisierte Unzufriedenheit in der Gesellschaft mit dem (allerdings vergleichbar hohen) Lebensstandard, dem Gesundheits- und Bildungssystem und der weit verbreiteten Korruption. Gleichzeitig stellt die sinkende Ölförderung bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum die libysche Rentenökonomie vor große Herausforderungen. Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen und politischen Wandels scheint Teilen der libyschen Elite, u.a. repräsentiert durch den Ghaddafi-Sohn Saif Islam, durchaus bewusst – ob jedoch die geplante Abschaffung der Ministerien und die Verlagerung ihrer Aufgaben auf meist unzureichend qualifizierte private Dienstleister den berühmten Schritt in die richtige Richtung markiert, ist fraglich.

S.E. Dr. Jamal Ali El-Barag stimmte der Analyse von Dr. Werenfels in großen Teilen zu, sah die Probleme aber vor allem im jahrelangen Embargo begründet, welches Libyen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich weit zurückgeworfen habe. Gefragt nach Libyens Außenbeziehungen betonte der Botschafter insbesondere die Bedeutung der EU, zu der er sich engere Beziehungen als bisher wünscht. Dem Barcelona-Prozess steht Libyen jedoch ablehnend gegenüber, auch bei der neu gegründeten Union für das Mittelmeer beteiligt es sich trotz grundsätzlicher Zustimmung nicht. Nicht nur wäre die 5+5-Lösung (Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen einerseits, Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Malta andererseits) bevorzugt worden, auch beklagt Libyen, nicht von Beginn an in den Gründungsprozess eingebunden worden zu sein.

Die gut besuchte Veranstaltung zeigte, dass eine grundsätzliche Öffnung Libyens nach außen von ersten Schritten in die richtige Richtung begleitet wird. Die große Herausforderung bleibt jedoch, die Front der libyschen „Hardliner“ zu durchbrechen bzw. sie erfolgreich in einen Reformprozess einzubinden. Die Unberechenbarkeit libyscher Gesetzgebung und die nach wie vor oft zu zögerliche Zahlungsmoral libyscher Geschäftspartner schwächen Libyens Attraktivität für ausländische Investoren und erschweren die Modernisierung der Infrastruktur und die Reduktion der Abhängigkeit vom Öl. Dennoch gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine stärkere bilaterale Zusammenarbeit, etwa in den Bereichen Bildung und Ausbildung, interkultureller Austausch, Umwelttechnologien und wirtschaftliche Entwicklung.